

## 27

**Ministerratssitzung**

Beginn: 8 Uhr 15

**Donnerstag, 17. Juli 1947<sup>1</sup>**

Ende: 10 Uhr 15

*Anwesend:* Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer, stv. Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner, Staatsminister des Innern Josef Seifried, Staatsminister für Unterricht und Kultus Dr. Alois Hundhammer, Staatsminister der Finanzen Dr. Hans Kraus, Staatsminister für Wirtschaft Dr. Rudolf Zorn, Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Dr. Joseph Baumgartner, Staatsminister für Arbeit und Soziale Fürsorge Albert Roßhaupter, Staatsminister für Verkehrsangelegenheiten, Post und Telegraphenwesen Otto Frommknecht, Staatsminister für Sonderaufgaben Dr. Ludwig Hagenauer, Staatssekretär Dr. Willi Ankermüller (Innenministerium), Staatssekretär Franz Fischer (Innenministerium-Bauabteilung), Staatssekretär Wolfgang Jaenicke (Innenministerium), Staatssekretär Johann Pittroff (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Dieter Sattler (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Hans Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Hugo Geiger (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Lorenz Sedlmayr (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Hans Gentner (Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Staatssekretär Heinrich Krehle (Arbeitsministerium), Staatssekretär Dipl.-Ing. Hans Schuberth (Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten).<sup>2</sup>

*Tagesordnung:* I. Zustände im Sonderministerium. II. Streik bei der MAN und VDM in Nürnberg. III. Arbeitszeit in der öffentlichen Verwaltung. IV. Flüchtlingssiedlung Neuheim am Römerweg, Landkreis Vilshofen. V. Neuerrichtung der Regierungsbezirke Niederbayern und Oberfranken. [VI. Regierungswirtschaftsämter]. [VII. Antrittsbesuch der neuen Spitze des Sonderministeriums bei der Militärregierung]. [VIII. Warnung vor Agenten].

*I. Zustände im Sonderministerium*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* begrüßt einleitend Staatsminister Dr. Hagenauer als neuen Sonderminister und drückt seine Befriedigung darüber aus, daß sich Dr. Hagenauer bereit erklärt habe, sein schweres Amt zu übernehmen.<sup>3</sup> Anschließend erklärt Ministerpräsident Dr. Ehard, die Situation im Sonderministerium sei noch viel schlimmer als man ahnen könnte. Soviel wie alles liege im argen. Die Aufarbeitung der Rückstände allein werde 4–5 Jahre in Anspruch nehmen, wenn man sich nicht entschlöße, vieles in Bausch und Bogen zu erledigen. Es werde auch notwendig sein, offensichtlich unbegründete Berufungen zurückzuweisen. Tausende von Fällen lägen auch bei den Amerikanern, wobei man nicht wisse, wann sie erledigt würden. Dringend notwendig sei ferner eine neue Organisation des Kassationshofs,<sup>4</sup> dessen Mitglieder in der Mehrzahl 70 und noch mehr Jahre zählten. Im übrigen sei auch die Frage ihrer Bezahlung völlig ungeklärt. Zusammenfassend müsse er feststellen, daß die Zustände im Sonderministerium jeder Beschreibung spotteten und alles was Staatsminister Dr. Pfeiffer in mühevoller Arbeit aufgebaut habe, restlos zerschlagen sei. Mit dem Kassationshof z.B. und den Berufungskammern habe Loritz überhaupt keine Verbindung gehabt. Wenn Staatsminister Dr. Hagenauer solche Zustände festgestellt habe, dürfe man überzeugt sein, daß es wirklich im Ministerium schlimm aussehe, da Staatsminister Dr. Hagenauer doch für sein zurückhaltendes Urteil bekannt sei. Im

1 Vorlage des hekt. Protokolls für diese Sitzung in StK 111524.

2 Es fehlte der Staatssekretär im StMSo Sachs; die Rubrik „Entschuldigt“ wurde in diesem Protokoll nicht separat aufgeführt.

3 Vgl. Nr. 26 TOP XXIII; *Niethammer*, Mitläuferfabrik S. 469; ein Interview der SZ mit Hagenauer zu seinem Amtsantritt in SZ 19. 7. 1947.

4 Am 2. 7. 1947 hatte die Internal Affairs Division des OMGB MPr. Ehard darauf aufmerksam gemacht, daß der Kassationshof zum 1. Juli 1947 einen Rückstand von 6000 unbearbeiteten Fällen aufweise: „It is desired that you give your attention to this Situation and take such corrective measures as may be necessary“ (StK 130808). Vgl. die statistischen Erhebungen über die Tätigkeit des Kassationshofs, Stand 18. 9. 1947 (MSO 2105). Zur Statistik des Kassationshofs s. auch MSO 2111. Vgl. Nr. 28 TOP XX.

übrigen herrschten auch unhaltbare Zustände in den Internierungslagern.<sup>5</sup> So habe z.B. eine internierte BDM-Führerin von zuhause ein Abendkleid bestellt, das sie zu den gesellschaftlichen Ereignissen im Lager benötige. Bezeichnend sei übrigens auch eine Äußerung Loritz' gewesen als er sich bei diesem wegen der Mißhandlung Papens erkundigt habe. Loritz habe ihm nämlich erklärt, „wenn nur so ein SS-Mensch den Papen gleich totgeschlagen hätte!“

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* verliest sodann ein Schreiben des Oberstaatsanwalts der Staatsanwaltschaft München I über die Schwarzhandelsgeschäfte des Abgeordneten Loritz.<sup>6</sup> U. a. liege die Aussage eines Herrn Wiegel<sup>7</sup> vor, dem von Loritz ca. 800 000,- bis 1 Million RM übergeben worden seien mit dem Auftrag, Benzin auf dem Schwarzen Markt zu kaufen. Wiegel habe daraufhin täglich am Schwarzen Markt mehrere 100 Liter Benzin gekauft. Bei einer Reihe von Käufen sei Loritz dabei gewesen und habe mitgehandelt. U.a. habe dieser von einem Italiener am Sendlingertorplatz 1000 Liter gekauft. Ferner liege die Aussage eines gewissen Stadelbauer<sup>8</sup> vor, daß er in den Monaten Juni bis November 1946 laufend Benzinmarken erhalten habe, die nicht aus ordentlichen Zuweisungen stammten. Diese Aussagen werden von den Zeugen Lechner<sup>9</sup> und Hildebrand<sup>10</sup> bestätigt, in deren Händen sich eine Liste über die Schwarzmarktgeschäfte des Herrn Loritz befinden solle. Nach der Aussage des Wiegel sei Loritz auch im Besitz von Devisen gewesen. So habe ihm dieser 200000 sfrs.<sup>11</sup> zum Absatz auf dem Schwarzen Markt angeboten. Desgleichen habe er von Loritz 1000–1100 sfrs.<sup>12</sup> für einen Autokauf bekommen und gesehen, daß dieser einen größeren Betrag sfrs. aus der Tasche seines Anzugs gezogen habe. Da es sich hier um Devisenvergehen handle, sei der entsprechende Teil der Anzeige an die Militärregierung gegeben worden. Der Aufenthalt des Abgeordneten Loritz sei gegenwärtig unbekannt; wahrscheinlich befinde er sich in Brannenburg bei einem Mitinhaber der Firma Steinbeis,<sup>13</sup> also einer ursprünglich nationalsozialistisch geführten Firma.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* wirft ein, in Brannenburg sei eine Person, die sehr gute Beziehungen zur Schweiz habe.

Staatssekretär *Dr. Ankermüller* teilt daraufhin mit, am Montag sei bereits im Frankfurter Rundfunk berichtet worden, daß mit der Verhaftung von Loritz zu rechnen sei.<sup>14</sup>

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* stellt dem gegenüber fest, daß er von der ganzen Sache nichts gewußt und erst in der Nachmittagssitzung des Dienstag im Landtag von dem Vorgehen des Landtags erfahren habe. Ebenso habe Ministerpräsident *Dr. Ehard* vorher von der Angelegenheit nichts gewußt. Im übrigen seien in der Sache Loritz wiederum zwei falsche Mitteilungen durch den Rundfunk ergangen, nämlich, daß der Antrag auf Aufhebung der Immunität von ihm selbst unterschrieben gewesen sei und daß ferner Staatsminister *Dr. Hundhammer* sich gegen die Verhaftung des Abgeordneten Loritz ausgesprochen habe. In Wirklichkeit sei der Antrag von Ministerialdirektor *Dr. Konrad* unterschrieben worden, während Staatsminister *Dr. Hundhammer* lediglich an ihn als Justizminister eine sachlichen Anfrage über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Verhaftung gerichtet habe.

Staatsminister *Dr. Hagenauer* teilt anschließend mit, die Weihnachtsamnestie sei auch auf dauernd Kranke ausgedehnt worden, wogegen jetzt die Militärregierung Einspruch erhoben habe. Wahrscheinlich müßten jetzt

5 Vgl. die Entschließung der ev. Lagerpfarrer aus den Internierungslagern der amerikanischen Zone, 17./18. 7. 1947, betr. Mißstände, *Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*. Bd. 2: 1947/48 S. 246f.

6 Mit diesem Schreiben an den Präsidenten des Landtags hatte die Staatsanwaltschaft den Antrag verknüpft, die Immunität von Loritz aufzuheben, Abdruck in: *StB*. I S. 736f. (15. 7. 1947). Der Landtag beschloß am 15. 7. 1947, die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens und zur Erwirkung eines Haftbefehls gegen den Abgeordneten Loritz wegen Kriegswirtschaftsverbrechen etc. zu erteilen, *BBd*. I Nr. 553. Vgl. *Voller*, Loritz-Partei S. 74f.

7 Rolf Wiegel.

8 Friedrich Stadelbauer.

9 Karl Lechner.

10 Johann Hildebrand.

11 Französische Franc.

12 Schweizer Franken.

13 Papierhersteller und Betreiber der Wendelstein-Bahn; seit 1935 Otto und Hermann Steinbeis.

14 Loritz wurde am 19. 7. 1947 verhaftet, *Voller*, Loritz-Partei S. 84. Zum Fortgang s. Nr. 28 TOP XVI.

die Fälle wieder aufgenommen werden, in denen dauernd Kranke amnestiert worden seien. Dabei fuße diese Ausdehnung auf einem Beschluß des Ständigen Rechtskollegiums, in dem auch die Amerikaner vertreten seien, vom 27.2.47.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* spricht sich dafür aus, bisher erledigte Sachen zunächst liegen zu lassen und lieber neue Fälle in Angriff zu nehmen.

Staatssekretär *Krehle* stellt fest, daß viele Leute, darunter er selbst, ihre Nichtbetroffenenkarte noch nicht erhalten hätten.

Staatsminister *Dr. Kraus* gibt bekannt, in der letzten Zeit seien ihm verschiedene Spruchkammerentscheidungen in die Hand gekommen, aus denen er entnommen habe, daß es dringend notwendig sei, die Personalakten selbst sehr genau anzuschauen. Seiner Ansicht nach bildeten die Spruchkammerentscheidungen keine Grundlage für eine Wiedereinstellung. So habe er z.B. in der Begründung eines Spruches gelesen: „Der Betroffene ist 1933 dem Zuge der Zeit folgend der NSDAP beigetreten“. Solche Begründungen seien einfach empörend.<sup>15</sup> Aber auch sonst seien die Sprüche vielfach unrichtig, Amnestierungen würden ohne Berechtigung vorgenommen usw. Er betone deshalb nochmals, daß die Durchsicht der Personalakten dringend notwendig sei um festzustellen, wie sich die betreffenden Beamten wirklich verhalten hätten. Er habe die Absicht, einige Leute bei Wiedereinstellung um einige Stufen zurück zu versetzen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stimmt Staatsminister *Dr. Kraus* zu und erklärt, daß andererseits manche Sprüche unverständlich hart seien, so daß vielfach der Verdacht nahe liege, es sei ein Interessent für den Betrieb oder das Geschäft des Betroffenen vorhanden.

Staatssekretär *Dr. Ankermüller* führt aus, man müsse leider feststellen, daß die Spruchkammern nach ganz verschiedenen Maßstäben urteilten. Bei völlig gleich gelagerten Fällen erfolge in der einen Spruchkammer Einreihung in Gruppe V, in einer anderen in Gruppe III.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt abschließend fest, daß vor allem die Berufungskammern nicht funktioniert hätten. Die Bemühungen von Staatsminister *Dr. Pfeiffer*, durch fortlaufende Besprechungen eine einheitliche Rechtsprechung herbeizuführen, seien bedauerlicherweise nicht weitergeführt worden.

## II. Streik bei der MAN und VDM in Nürnberg

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt mit, daß laut Telegramm des Oberbürgermeisters von Nürnberg<sup>16</sup> vom 14.7.47 die Arbeiter der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) und der Vereinigten Deutschen Metallwerke (VDM)<sup>17</sup> die Arbeit wegen der unzureichenden Ernährung eingestellt hätten.<sup>18</sup> Er habe daraufhin den Landwirtschaftsminister und den Innenminister gebeten, sich mit Nürnberg in Verbindung zu setzen. Offensichtlich habe dieser Streik ohne Billigung der Gewerkschaften stattgefunden, die über ihre Umgehung ungehalten gewesen seien.<sup>19</sup> Andererseits seien die Gewerkschaften auch darüber verstimmt, daß sich der

15 Vgl. die Einzelfälle bei *Daum* S. 206 ff.

16 Abschrift des Telegramms von OB Hans *Ziegler*, 14. 7. 1947 in ML 10798. Zu dessen Person s. Nr. 20 TOP IV.

17 Zulieferbetrieb der Reichsbahn, der elektrotechnischen Industrie sowie für die Gas- und Wasserarmaturenindustrie, Hersteller von Milchkonservendosen, Aluminiumtuben und -tablettentröhrchen für die pharmazeutische Industrie.

18 Vgl. den Wochenbericht *Zieglers*, 16. 7. 1947, an CIC Nürnberg: „Am 14.7.47 mittags traten die Belegschaften der Firmen MAN (ca. 4000 Mann), Ardie-Werke (ca. 150 Mann), VDM und Werder & Co. (35 Mann) wegen der schlechten Ernährungslage in den Streik. Außerdem versammelten sich am Nachmittag ca. 300 Personen dieser Betriebe vor dem Rathaus, um für die Einführung der 40-Stunden-Woche und für die Erhöhung der Lebensmittelrationen zu demonstrieren“, *Nürnberg 1945–1949* Bd. 2 S. 563 sowie ebd. S. 529 den Weekly Intelligence Report des MG Liaison an Security Office Nürnberg, 18. 7. 1947. Darin wurde berichtet, die Arbeiter hätten am 15. 7. 1947 ihre Arbeit wieder aufgenommen. S. *Erker*, Ernährungslage S. 199f.

19 Vgl. *Bolds*, Chief Manpower Division (OMGB) an Betriebsrat der MAN, Nürnberg, 19. 7. 1947, betr. Verwarnung wegen nichtgenehmigter Demonstration: „1. Sie werden hiermit offiziell wegen der Führung der am 14. Juli 1947 stattgefundenen Demonstration verwarnt. Dieses Vorgehen von seiten des Betriebsrates stellt ein Vergehen gegen Artikel 7 des Kontrollrats Gesetzes Nr. 22 und die Bestimmungen der Militär-Regierung (15–523) dar, worin festgelegt ist, daß Betriebsräte sich nicht an Streiks beteiligen dürfen. Solches Vorgehen von irgend einem Betriebsrat ist eine unrechtmäßige Ausübung einer Tätigkeit, die einzig und allein den Gewerkschaften zusteht. 2. Sie werden davon unterrichtet, daß in Zukunft jedes derartige Vorgehen von seiten des Betriebsrates die Auflösung des Betriebsrates und entsprechende Maßnahmen gegen die Mitglieder desselben zur Folge haben wird“ (StK 130809).

Ministerpräsident ohne sie einzuschalten durch den Landwirtschaftsminister mit dem Oberbürgermeister von Nürnberg in Verbindung gesetzt habe. Er könne diese Verstimmung nicht recht begreifen, da die Regierung schließlich bei allem Verständnis für die Wichtigkeit der Gewerkschaften in solchen Fällen selbständig handeln müsse.

Staatsminister *Seifried* erklärt, bei seiner Besprechung mit den Gewerkschaften sei nichts derartiges gesagt worden. Es sei im übrigen in Bayern anders als z.B. im Rheinland, wo die Gewerkschaften dauernd einen Druck ausübten, der teilweise auch zum Erfolg geführt habe.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt sodann noch mit, daß die Streikangelegenheit in Nürnberg nach Rücksprache mit Präsident Hagen<sup>20</sup> und Generalsekretär Reuter<sup>21</sup> des Bayer. Gewerkschaftsbundes als erledigt angesehen werden könne.

Staatsminister *Seifried* gibt sodann bekannt, daß heute in Schweinfurt wegen der drohenden Demontage der Kugelfischer-Werke<sup>22</sup> ein Generalstreik stattfinde. Die gesamte Arbeit ruhe. Überall würden weiße Tücher aus den Fenstern gehängt, internationale Pressevertreter seien eingeladen worden usw.<sup>23</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt nachdrücklich, er habe keinerlei Veranlassung, auch nur einen Finger dagegen zu rühren, da die Leute vollständig recht hätten.<sup>24</sup> Im übrigen sei jetzt eine Weisung von Präsident Truman<sup>25</sup> an General Clay ergangen,<sup>26</sup> die Demontagen abubrechen. Er zweifle aber, ob sofort ein Erfolg eintreten werde. Bisher seien die Demontagen rücksichtslos durchgeführt worden. Auch in der Frage der Holzablieferung habe man kein Verständnis gefunden. Im Gegenteil habe man die sofortige Durchführung des Holzprogramms mit Drohungen erzwungen.

### III. Arbeitszeit in der öffentlichen Verwaltung<sup>27</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt bekannt, daß in einer Besprechung zwischen den Vertretern der Gewerkschaft, öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und den Vertretern des Finanz- und Arbeitsministeriums eine Arbeitsregelung vereinbart worden sei, die in der Verwaltung eine reine Arbeitszeit von Montag bis Freitag von je 8 Stunden vorsehe.<sup>28</sup> An Samstagen solle nur ein Jourdienst eingerichtet werden. In öffentlichen Betrieben solle die Arbeitszeit insbesondere wie in der privaten Wirtschaft geregelt werden. Die Regelung gelte zunächst nur bis 30.9.47. Man könne ihr ohne weiteres zustimmen.

Staatssekretär *Krehle* führt aus, daß die zusätzlichen Lebensmittelrationen für diejenigen Leute, die 45 Stunden und mehr in den öffentlichen Betrieben arbeiten, einen Zuschuß von 300–400 Kalorien erforderten.

Staatsminister *Dr. Baumgartner* bittet, die Gewährung der zusätzlichen Rationen nicht in die Öffentlichkeit zu bringen.

Anschließend ergibt sich eine längere Aussprache über die Besuchstage in den Ministerien, worauf schließlich einstimmig folgender Beschluß gefaßt wird:

20 Zu seiner Person s. Nr. 8 TOP I.

21 Zu seiner Person s. Nr. 26 TOP III.

22 Vgl. Nr. 26 TOP XIX. Zum Fortgang s. Nr. 28 TOP XXII.

23 Am 14. 7. 1947 brachten Abgeordnete von CSU, SPD und FDP einen Dringlichkeitsantrag im Landtag ein, in dem die Staatsregierung ersucht wurde, „sofort an den Kontrollrat mit der Bitte um Einstellung der Restdemontage bei der Firma Kugelfischer, Schweinfurt, heranzutreten“, *BBd.* I Nr. 527. Vgl. die Beratung und den entsprechenden Beschluß des Landtags *StB.* I S. 742–748 (16. 7. 1947).

24 Vgl. dazu u. a. die Ausführungen Ehard's in der Rede „Grenzlandnot und Fragen der deutschen Zukunft“, in einer Grenzlandkundgebung am 6. 7. 1947 in Hof (NL Ehard 626).

25 Harry S. Truman (1884–1972), Politiker (Demokrat), 1945–1952 Präsident der USA.

26 Vgl. auch die zu diesem Zeitpunkt erlassenen Richtlinien der amerikanischen Regierung für General Lucius D. Clay vom 15. 7. 1947 über die Ziele der amerikanischen Besatzungspolitik, engl. u. dt. in: *Dokumente zum Aufbau* S. 136–165. Sie traten offiziell an die Stelle der Direktive JCS 1067. Vgl. die Ausführungen des stellv. Direktors des OMGB, Dayton, über die Auswirkungen der neuen Richtlinien auf die Politik des OMGB, *SZ* 22. 7. 1947. Darin hieß es u.a.: „Die bayerische Regierung ist jetzt in ihren Funktionen voll verantwortlich. Die Militärregierung überwacht lediglich, daß die Besatzungsrichtlinien eingehalten werden. Sie befolgt gegenwärtig eine strikte Politik der Nichteinmischung in bayerischen Regierungsangelegenheiten. Anordnungen der Direktoren der Militärregierung an den Ministerpräsidenten werden nur dann erlassen, wenn es sich um dringende Angelegenheiten handelt, wenn die Regierung betreffende Änderungen in der Politik der Militärregierung eintreten oder wenn Übertretungen der Richtlinien der Militärregierung zu berichtigen sind“.

27 Vgl. Nr. 26 TOP III.

28 Vgl. NZ 28. 7. 1947: „40-Stunden-Woche in Bayern“. S. auch „Der Hunger und die Arbeitszeit“, *SZ* 2. 8. 1947.

Am Montag, Mittwoch und Samstag findet in den Ministerialstellen kein Parteiverkehr mehr statt, da die Beamten und Angestellten dieser Stellen die Arbeit sonst nicht mehr bewältigen können. Am Dienstag, Donnerstag und Freitag findet der Parteiverkehr nur von 8–11 Uhr statt. Es wird empfohlen, die Zentralstellen nur nach vorheriger Anmeldung aufzusuchen.

Anschließend teilt Ministerpräsident *Dr. Ehard* mit, bei seiner Anwesenheit in Hof am 6.7.47<sup>29</sup> habe der Stadtrat einstimmig einen Antrag der Fraktion der CSU angenommen, der die Bayer. Staatsregierung ersucht, ihre Amtsstellen anzuweisen, Besucher aus den nördlichen Gebieten Bayerns bevorzugt zu empfangen, da vielfach die weite Reise umsonst angetreten worden sei. Er empfehle dringend, Besucher aus den nördlichen Städten Bayerns besonders zu berücksichtigen. Allerdings habe er in Hof auch erklärt, es sei zweckmäßig, sich in München vorher anzumelden.

Staatsminister *Dr. Baumgartner* berichtet, seine Referenten klagten dauernd darüber, daß sie von Montag bis Samstag so viele Besuche zu empfangen hätten, durchschnittlich 70–80 Besucher täglich zu jedem Referenten, daß sie überhaupt nicht mehr zum Arbeiten kämen. Die Ursache hierfür sei in der Hauptsache das mangelhafte Funktionieren des unteren Verwaltungsapparates. Man müsse unbedingt darauf hinweisen, auf welchen Gebieten die unteren Verwaltungsstellen zuständig seien.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, diese Anregung solle vom Finanzministerium weiter behandelt werden.<sup>30</sup>

#### IV. Flüchtlingssiedlung Neuheim am Römerweg, Landkreis Vilshofen<sup>31</sup>

Zunächst stellt Ministerpräsident *Dr. Ehard* fest, daß das Projekt, eine Flüchtlingssiedlung in Vilshofen zu errichten, praktisch nicht durchführbar sei, da sich zu große Schwierigkeiten herausgestellt hätten. Sämtliche beteiligten Ministerien, nämlich das Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Arbeitsministerium, seien sich über die Undurchführbarkeit einig. Leider habe die ganze Angelegenheit aber ein starkes parteipolitisches Gesicht bekommen.<sup>32</sup> Andererseits mache er aber darauf aufmerksam, daß beispielsweise in Hof der Plan bei allen Parteien einheitlich abgelehnt werde, da man dort der Auffassung sei, es wäre sinnlos eine neue Siedlung mit Textilindustrie aus dem Boden zu stampfen, wenn gleichzeitig die alte hochqualifizierte Textilindustrie in Hof durch Mangel an Rohstoffen, Facharbeitern usw. in der Entwicklung gehemmt sei. Ministerpräsident *Dr. Ehard* führt weiter aus, man könne evtl. versuchen, nochmals Sachverständige von Seiten der Flüchtlinge und der Ministerien heranzuziehen, um das Projekt nochmals zu überprüfen. Das würde aber wohl nur eine Verschiebung bedeuten. Der zweite Weg, den man einschreiten könne, sei die Ablehnung des Projekts Römerweg, wobei aber gleichzeitig positive Vorschläge gemacht werden könnten, z.B. über Randsiedlung von Flüchtlingen usw. Man könne aber auch einen Schritt weitergehen und Flüchtlingsbetriebe ins Leben rufen, an einem Platz jedoch, an dem die Voraussetzungen für eine vernünftige und gesunde Weiterentwicklung gegeben seien. General Müller habe in Aussicht gestellt, daß Truppenübungsplätze demnächst zur Verfügung gestellt werden könnten, bei denen bereits Kanalisation, elektrischer Strom, Gebäude und dergleichen vorhanden seien. Er halte einen solchen Vorschlag für zweckmäßig, zumal man alles tun wolle, um den Flüchtlingen zu helfen, wenn man auch undurchführbare Pläne ablehnen müsse.

Staatssekretär *Jaenicke* stimmt den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten zu und spricht sich auch dafür aus, dem Landtag positive Vorschläge zu machen. Auch er bedauert, daß jetzt parteipolitische

29 Zu Ehard's Besuch in Hof s. umfangreiches Material, darunter verschiedene Eingaben der Stadt, in StK 112822. Vgl. Ehard's Rede „Grenzlandnot und Fragen der deutschen Zukunft“, in einer Grenzlandkundgebung am 6. 7. 1947 in Hof (NL Ehard 626) sowie „Frankenpost“ 9. 7. 1947.

30 Zum Fortgang s. Nr. 30 TOP I.

31 Vgl. Nr. 12 TOP XIV, Nr. 14 TOP XVIII, Nr. 15 TOP XVI und Nr. 18 TOP XIV und XVI.

32 Nachdem zunächst im Landtag der Ausschußantrag (BBd. I Nr. 324) behandelt worden war, das Projekt abzulehnen, setzte sich nach der Beratung am 15. 7. 1947 (StB. I S. 716–735 (15. 7. 1947)) ein Teil der Abgeordneten für die Berücksichtigung der Siedlungs- und Baugenossenschaft Neuheim am Römerweg ein. Die CSU brachte am 18. 7. 1947 folgenden Antrag im Landtag ein: „Der Landtag wolle beschließen, die Eingaben betreffend Errichtung einer Flüchtlingsgroßsiedlung ‚Neuheim am Römerweg‘ der Staatsregierung als Material zu überweisen mit dem Auftrag, unverzüglich alle Maßnahmen zu Siedlungen an geeigneter Stelle in die Wege zu leiten. Für die Behandlung der vorliegenden und vorgelegten Siedlungspläne soll die Staatsregierung einen beratenden Ausschuß aus Mitgliedern des Hauptausschusses der Flüchtlinge und aller in Betracht kommenden technischen Sachverständigen einsetzen“. StB. I S. 854 (18. 7. 1947).

Erwägungen maßgebend seien und regt eine Regierungserklärung an, daß an anderen geeigneten Plätzen Selbsthilfeaktionen der Flüchtlinge unterstützt werden könnten.

Staatssekretär *Fischer* weist nochmals eindringlich darauf hin, daß der Römerweg in jeder Beziehung denkbar ungünstig sei, vor allem da es an Wasser mangle, das nur durch eine Wasserleitung von großer Länge herbeigeführt werden könne.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* formuliert daraufhin folgenden Vorschlag der SPD:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Möglichkeiten einer Siedlung am Römerweg nochmals zu überprüfen und dabei nötigenfalls auch die Errichtung an anderen Stellen, etwa an früher bereits mit Gebäuden und Kanalisationsanlagen versehenen Wehrmachtslagern ins Auge zu fassen.

Staatsminister *Seifried* wendet darauf ein, die Flüchtlinge würden mit Siedlungen auf Wehrmachtsanlagen nicht einverstanden sein, da die Amerikaner vorläufig nur entsprechende Verträge auf 5 Jahre abschließen.

Staatssekretär *Krehle* teilt in diesem Zusammenhang mit, daß das Arbeitsministerium bereits 12–14 Siedlungspläne sorgfältig ausgearbeitet habe, bei denen man sofort anfangen könne.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt dann fest, daß man vor allem dem Landtag gegenüber einheitlich den Standpunkt einnehmen müsse, daß die Siedlung Römerweg aus sachlichen Gründen unmöglich sei. Man müsse dann gleichzeitig die positive Seite betonen, daß man also geschlossene Siedlungen an sich unterstützen werde, allerdings nur da, wo auch die notwendigen Voraussetzungen gegeben seien und daß man schon entsprechendes vorbereitet habe. Die Flüchtlinge müßten erkennen, daß der Standpunkt der Bayer. Staatsregierung auch in ihrem Interesse sei. Er schlage vor, daß sich die Staatssekretäre *Fischer* und *Jaenicke* ungefähr auf der Linie verständigen sollten, die der Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* vorgeschlagen habe.<sup>33</sup>

Staatssekretär *Jaenicke* regte darauf an, einen formellen Ministerratsbeschluß zu erlassen, der durch den Herrn Ministerpräsidenten dem Landtag mitgeteilt werden solle.

Der Ministerrat erklärte sich mit diesem Vorschlag einstimmig einverstanden.<sup>34</sup>

#### V. Neuerrichtung der Regierungsbezirke Niederbayern und Oberfranken<sup>35</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, er habe sich die Frage der Wiedererrichtung der Regierungsbezirke Niederbayern und Oberfranken seit dem letzten Ministerrat nochmals überlegt und sei zu der Auffassung gekommen, daß doch eine Reihe von Gründen diese Wiedererrichtung notwendig machten.<sup>36</sup> Er schlage deshalb vor, die Frage gleichzeitig mit dem Haushaltsplan für das Staatsministerium des Innern dem Landtag vorzulegen. Wenn der Landtag seine Zustimmung nicht erteile, sei eine Verfassungsänderung erforderlich. Bis zur Vorlage an den Landtag müsse festgestellt werden, welche Kosten entstehen würden.

Staatssekretär *Dr. Müller* antwortet, es sei ein Nachtragshaushalt notwendig und er habe den Auftrag gegeben, den Plan nach allen Richtungen nochmals durchzuprüfen. Ferner habe er mit dem Abgeordneten *Dr. Stang*,<sup>37</sup> der den gleichen Standpunkt wie der Herr Ministerpräsident einnehme, gesprochen.

Staatssekretär *Dr. Ankermüller* meint, eine Verschiebung der Wiedererrichtung der Regierungsbezirke würde große Verstimmung hervorrufen, vor allem auch in Bayreuth, wo der Herr Ministerpräsident in einem Presseinterview eine baldige Entscheidung zugesagt habe.

<sup>33</sup> Vgl. die Stellungnahme von *Jaenicke* im Landtag, *StB.* I S. 860f. (18. 7. 1947).

<sup>34</sup> Vgl. die Vormerkung *Gumpenbergs* für *Ehard*, 17. 7. 1947: „2. Der Beschluß könnte ungefähr folgendermaßen lauten: Die Bayerische Staatsregierung erklärt sich außerstande, das Projekt einer Flüchtlingssiedlung Neuheim am Römerweg im Landkreis Vilshofen durchzuführen, da die Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung der Siedlung an dieser Stelle nicht gegeben sind. Die Bayerische Staatsregierung erklärt sich aber grundsätzlich bereit, an allen geeigneten Stellen geschlossene Siedlungen von Flüchtlingen zu unterstützen, insbesondere auch dort, wo bereits passende Gebäude, Kanalisation, elektrischer Strom und dergleichen vorhanden sind. Ebenso wird die Stadtrandsiedlung mit allen Kräften gefördert werden“ (StK 112114).

<sup>35</sup> Vgl. Nr. 26 TOP V.

<sup>36</sup> S. StK 111696.

<sup>37</sup> Dr. phil. *Georg Stang* (1880–1951), Gymnasiallehrer, 1912–1933 MdL (bis 1918 Zentrum, dann BVP), 1929–1933 Präsident des Bayerischen Landtags, 1945 von der Militärregierung als Landrat des Kreises Kaufbeuren eingesetzt, 1946 und 1948 durch den Kreistag wiedergewählt, 1946 Präsident des Bayer. Beratenden Landesausschusses, 1946–1951 MdL (CSU), 1950/51 Präsident des Bayerischen Landtags.

Auch Staatsminister *Roßhaupter* tritt für die baldige Errichtung der neuen Regierungsbezirke ein. Die Verhältnisse seien jetzt vor allem auch in verkehrstechnischer Hinsicht so schwierig, daß er an sich schon in Oberfranken eigene Stellen habe errichten müssen, da der Weg nach Ansbach einfach zu weit und kompliziert sei. An sich lasse er sich jede Vereinfachung in der Verwaltung gefallen, wenn sie aber auf Kosten des Publikums vorgenommen werden, sei sie immer zu teuer.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt daraufhin das Einverständnis des Ministerrats fest, daß die Sache zusammen mit dem Haushaltsplan dem Landtag vorgelegt werde.<sup>38</sup>

#### [VI. ] *Regierungswirtschaftsämter*

Staatsminister *Dr. Zorn* berichtet, die Regierungswirtschaftsämter würden den Kreisregierungen eingegliedert, wobei die Dienstaufsicht bei den Kreisregierungen, die Sachaufsicht beim Wirtschaftsministerium liegen werde.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schlägt vor, die Angelegenheit im nächsten Ministerrat zu besprechen, zumal abgewartet werden müsse, wie sich die Situation in Frankfurt entwickeln werde.

Staatsminister *Dr. Zorn* erklärt, eine entsprechende Organisationsverfügung werde dem Ministerrat zugeleitet werden.<sup>39</sup>

#### [VII. *Antrittsbesuch der neuen Spitze des Sonderministeriums bei der Militärregierung*]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* ersucht Staatsminister *Dr. Hagenauer*, zusammen mit Staatssekretär *Sachs* einen Besuch bei General *Müller* abzustatten.

Da die beiden Herren General *Müller* noch nicht bekannt sind, wird vereinbart, daß sie von Staatsminister *Dr. Pfeiffer* begleitet werden.

#### [VIII. *Warnung vor Agenten*]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt mit, er sei darauf aufmerksam gemacht worden und zwar auch von amerikanischer Seite, daß in München eine Reihe von Leuten seien, die als Exponenten der Amerikaner auftreten, in Wirklichkeit aber Agenten oder ähnliches seien.<sup>40</sup> Diese Leute machten sich auch an Regierungsmitglieder heran; in einem Fall, wo er ganz positive Angaben erhalten habe, habe er sich bei den Amerikanern erkundigt, worauf ihm General *Müller* habe sagen lassen, der betreffende Mann sei kein Exponent der Amerikaner. Diese hätten gebeten, sich in allen Fällen wo Regierungsmitglieder eingeladen würden, bei General *Müller* zu erkundigen. Es stehe außer Zweifel, daß sich auch russische Agenten in Bayern herumtrieben, die unter verschiedenen Motivierungen hereingeschickt würden und die teilweise auch dem Pauluskreis<sup>41</sup> angehörten. Er rate jedenfalls größte Vorsicht an.

Staatssekretär *Dr. Müller* berichtet in diesem Zusammenhang, daß die Telefongespräche in den Ministerien auf das schärfste überwacht würden.

38 Dies war nicht der Fall. Ehard leitete dem Landtagspräsidenten nach dem Beschluß des Ministerrats vom 8. 3. 1948 am 12. 3. 1948 Entwurf und Begründung eines Gesetzes zur Wiederherstellung der Kreise Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken und Mittelfranken zu, *BBd.* II Nr. 1218. Zum Fortgang vgl. *Protokolle Ehard* II Nr. 12.

39 S. die schließliche Verordnung über die Bildung von Abteilungen und die Verteilung der Geschäfte bei den Regierungen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 176). § 1 3. sah die Bildung einer Wirtschaftsabteilung für die Angelegenheiten der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und des Verkehrs vor. Deren Leiter wurde lt. § 3 vom StMI im Einvernehmen mit StMWi und unter Beteiligung des StMELF sowie des StMVerkehr bestellt.

40 Vgl die Vormerkung Glums für Ehard, Pfeiffer und Herwarth, 19. 6. 1947 (StK 112114).

41 Beim „Pauluskreis“ handelt es sich um Angehörige des ehemaligen Nationalkomitees Freies Deutschland, einer von der Sowjetunion initiierten seit Sommer 1943 existierenden Sammlungsbewegung von kommunistischen dt. Emigranten und kriegsgefangenen dt. Offizieren und Soldaten sowie dem Bund Deutscher Offiziere; s. *Benz/Pehle* S. 257–267. „Pauluskreis“ war eine zur damaligen Zeit gängige übergreifende Bezeichnung für all jene Leute, die wie General Paulus selbst dem NKFD und dem BDO angehört hatten, in der sowjetisch besetzten Zone herausgehobene Verwendungen einnahmen und die ideologischen Vorgaben der SED vertraten (Freundl. Mitteilung des Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg, 30. 6. 1998). – Generalfeldmarschall Friedrich *Paulus* (1890–1957), Oberbefehlshaber der 6. Armee, die im November 1942 von sowjetischen Verbänden bei Stalingrad eingeschlossen wurde, führte gegen Hitlers Befehl am 31.1./2. 2. 1943 die Reste der 6. Armee in Sowjet. Kriegsgefangenschaft, nach dem Attentat vom 20. 7. 1944 trat er dem Bund Deutscher Offiziere bei, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß Auftritt als Zeuge der Anklage, 1953 Entlassung aus Sowjet. Kriegsgefangenschaft und Niederlassung in der DDR.

Staatssekretär *Schuberth* bestätigt diese Mitteilung und gibt bekannt, daß die Telefongespräche der Regierungsmitglieder auf Tonband aufgenommen würden. Staatssekretär *Schuberth* bittet abschließend noch, das Polizeitelefonnetz nur im äußersten Notfall zu benutzen.

Der Bayerische Ministerpräsident:  
gez. Dr. Hans Ehard

Der Generalsekretär des Ministerrats:  
I. V.  
gez. Levin Frhr. von Gumpenberg  
Oberregierungsrat